

Pressemitteilung

29.06.2017

Frauen wählen eine solidarische Gesellschaft **SkF ruft dazu auf, sich engagiert für sozialen Frieden einzusetzen**

Dortmund, 29.06.2017. Zum Abschluss der Delegiertenversammlung startete der SkF am Freitag eine Aktion zur Bundestagswahl 2017. Der Frauenwohlfahrtsverband wird bundesweit seine Forderungen in den Wahlkampf einbringen. Vor Ort in den 143 SkF Ortsvereinen und in Berlin wird das Gespräch mit Politiker_innen geführt, um die Positionen des SkF zu verdeutlichen. „Da die aktuelle politische Debatte geprägt ist von unheilvollen Auseinandersetzungen in entscheidenden Grundfragen unseres Zusammenlebens“, so SkF Bundesvorsitzende Dr. Anke Klaus, „rufen wir alle, besonders Frauen, dazu auf, sich engagiert für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen, in der Solidarität und Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen gewahrt bleiben.“

Weil Frauen trotz zunehmender Erwerbsarbeit weiterhin den Großteil der Pflege-, Sorge- und Hausarbeit übernehmen, fordert der SkF, die Erwerbs- und Sorgearbeit neu zu gestalten, damit Frauen und Männer in gleichem Maße ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Schlechtere Bezahlung in den sogenannten „Frauenberufen“ sowie häufigere Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitbeschäftigungen führen u. a. zu geringeren Renten für Frauen. Der SkF drängt darauf, Erwerbstätigkeit familienbewusst zu gestalten. Ferner muss Vollzeitberufstätigkeit zu existenzsichernden und rentenfesten Einkommen führen und die sogenannten Minijobs sollen zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen umgebaut werden. Der Frauenverband will auch erreichen, dass politische Rahmenbedingungen für eine bessere Bezahlung in den Erziehungs-, Sozial- und Pflegeberufen geschaffen werden und eine konsequente Tariftreue erwirkt wird.

Damit Familie und Beruf besser vereinbart werden können, will der SkF den Ausbau einer qualifizierten, wohnortnahen und flexiblen Kindertagesbetreuung vorantreiben und setzt sich für die Entwicklung einer Lebens-/Familienarbeitszeit ein. Alleinerziehende Frauen mit Kindern haben ein besonders hohes Armutsrisiko. Um dies zu mindern und die soziale Gerechtigkeit herzustellen, plädiert der SkF dafür die Regelsätze im SGB II, besonders für Kinder, bedarfsgerecht auszubauen, so dass sie dem tatsächlichen existenzsichernden Bedarf einschließlich des von der Verfassung geforderten Mindestmaßes an Teilhabe entsprechen. Aus Sicht des SkF ist die Überwindung von Gewalt gegen Frauen von zentraler Bedeutung für die gesundheitliche und sozio-ökonomische Situation von Frauen sowie für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Deshalb fordert der Verband, dass von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder endlich einen gesetzlichen Anspruch auf Schutz und Hilfe erhalten und dieser auch umgesetzt wird. Zudem sollen Strukturen, die Gewalt verharmlosen, ermöglichen oder befördern verändert werden.

Alle Positionen und Forderungen des SkF finden sich im Internet unter www.skf-zentrale.de/wirfrauenwaehlen.

Der SkF unterstützt mit rund 10.000 Mitgliedern und 9.000 Ehrenamtlichen sowie 6.500 beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in bundesweit 143 Ortsvereinen Frauen, Kinder, Jugendliche und Familien, die in ihrer aktuellen Lebenssituation auf Beratung oder Hilfe angewiesen sind. Sein Angebot umfasst u. a. 120 Schwangerschaftsberatungsstellen, 91 Betreuungsvereine, 38 Frauenhäuser, 36 Kindertageseinrichtungen, 34 Mutter-Kind-Einrichtungen, 31 Dienste der Kindertagespflege sowie 22 Adoptions- und 35 Pflegekinderdienste. Der SkF ist Mitglied im Deutschen Caritasverband.